

## Große Herausforderungen und falsche Anreize

### *Der steinige Weg zur Vollbeschäftigung*

Der Chef des Arbeitsmarktservices (AMS), Johannes Kopf, präsentierte in der Denkfabrik „Agenda Austria“ aktuelle Zahlen, Trends und Ausblicke im Hinblick auf die Beschäftigungslage in Österreich.

Insgesamt bietet sich ein recht positives Bild: Die Beschäftigtenzahlen steigen und die Zahl der Arbeitslosen sinkt seit mehreren Quartalen. Die aus Sicht der Arbeitnehmer große Attraktivität des Standorts Österreich zeigt sich u. a. daran, dass deutlich mehr Deutsche in Österreich arbeiten als Österreicher in Deutschland. Besonders auf Arbeitnehmer aus den Staaten des früheren Ostblocks übt die Alpenrepublik einen kräftigen Sog aus.

Die Zahl der beschäftigungslosen Jungen ist im Europavergleich gering, was auch mit der niedrigen Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Jugendlichen zu tun hat (Stichwort Geburtenrückgang). Andere Länder, wie beispielsweise Spanien, weisen bei sinkenden Beschäftigungszahlen deshalb eine dennoch sinkende Jugendarbeitslosigkeit aus, weil viele Junge auswandern (im Fall Spaniens häufig nach Lateinamerika).

Da die von der EU eingesetzten Erhebungsmethoden sich von denen des AMS zum Teil unterscheiden, gehen einige Daten nicht miteinander konform. Nach EU-Berechnung liegt Österreich mit 4,9 Prozent Arbeitslosenrate innerhalb der EU an der neunten Stelle. Tschechien hält mit nur 2,5 Prozent unangefochten den Spitzenplatz. Kopf: *„Eine Fabrik würde ich dort jetzt nicht unbedingt bauen, weil es schwer sein wird, Personal zu bekommen.“*

Österreichweit gibt es kräftige Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungslage. Die größte Arbeitslosigkeit herrscht in Wien mit 11,7 Prozent, während Tirol mit vier Prozent Erwerbslosen die niedrigste Quote ausweist. Insgesamt ist eine von Westen nach Osten zunehmende Arbeitslosigkeit erkennbar (eine Ausnahme bildet Kärnten mit über sieben Prozent Erwerbslosen).

Eine besondere Herausforderung sieht das AMS im *Fachkräftemangel*, der in einigen Branchen immer mehr zum Problem wird. So sind gegenwärtig z. B. Dreher und Zimmerleute Mangelberufe. Grund für das in manchen Branchen fehlende Personal ist u. a. die Konzentration vieler junger Leute auf einige wenige ihnen attraktiv erscheinende Berufsfelder, wie zum Beispiel auf jenes des Automechanikers. Hier gibt es österreichweit ein Überangebot an Arbeitskräften, während zugleich Spezialisten für die Wartung von Landwirtschaftsmaschinen fehlen.

Ein ungelöstes Problem sieht der AMS-Chef in der im Vergleich mit anderen Ländern (beispielsweise Deutschland) traditionell unterentwickelten Mobilität heimischer Arbeitnehmer. Ein, zwei Bundesländer weiter nach Arbeit zu suchen, kommt für viele von ihnen nicht in Frage.

Der zunehmenden *Langzeitarbeitslosigkeit*, von der besonders ältere Arbeitnehmer betroffen sind, ist nach der Ansicht Kopfs nicht mit singulären Maßnahmen zu begegnen. Hier braucht es ein Maßnahmenbündel, zu dem auch ein Umbau des Sozialversicherungssystems gehört, was auf erhebliche Widerstände bestimmter Interessengruppen stößt. Auf der Hand liegt, dass die hierzulande starke Seniorität der Einkommen oft zum selektiven Abbau älterer Beschäftigter führt. Parallel dazu veranlassen falsch gesetzte Anreize im Pensionssystem, vielfach zum frühzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben - auch durchaus arbeitswillige, -fähige und erfahrene Arbeitnehmer. So sind in Österreich nur 51,3 Prozent der 55 bis 64-Jährigen in Arbeit, während der EU-Schnitt bei 57,1 Prozent liegt. Der Sprint zu einem möglichst frühen Pensionsantritt ist offensichtlich eine der Lieblingssportarten von Herrn und Frau

Österreicher. Ohne drastische Veränderung der Anreizstruktur ist hier keine Veränderung zu erwarten.

Der mit dem Digitalzeitalter einhergehende Wandel der Arbeitswelt wird ein Mehr an (geistiger) Beweglichkeit erfordern, als viele Arbeitnehmer hierzulande gewöhnt sind.

Das mit dem Schulsystem in Verbindung stehende Problem schlecht zu vermittelnder junger Menschen mit Migrationshintergrund (hohe sprachliche und kulturelle Barrieren), kommt leider nur am Rande zur Sprache. Kopf weist darauf hin, dass das AMS hier einiges an Reparaturarbeit leisten müsse, was in den Schulen schiefgelaufen sei. Immerhin bestehe eine bis zum Alter von 25 Jahren geltende *Ausbildungsgarantie*. Die Kosten dafür trage das AMS. Wer will, kann also auch nach der Matura noch eine Ausbildung in einem Lehrberuf machen, was vielfach am schlechten Image der Lehre scheitert. Wer fortwährend von den Segnungen einer maximalen Akademisierung schwadroniert, muss sich nicht wundern, dass die Nachfrage nach der Ausbildung in Lehrberufen überschaubar bleibt oder sich auf eine Negativselektion der Azubis reduziert.

Nach den Vorstellungen der Agenda Austria sollte das System der Arbeitslosenunterstützung nach skandinavischem Vorbild reformiert werden. Die Ersatzraten müssten demnach in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit erhöht und dann schrittweise abgesenkt werden, was, wie mehrere internationale Untersuchungen zeigen, zu erhöhten Anstrengungen der Erwerbslosen führt, möglichst zügig eine neue Arbeitsstelle zu finden. Das reduziert einerseits das Risiko, in der Falle der Dauerarbeitslosigkeit sitzen zu bleiben und langfristig zu verarmen, und entlastet andererseits das Budget im Hinblick auf die notwendigen Einkommensersatzzahlungen.

Auch wenn es bei dieser Gelegenheit nicht angesprochen wurde: Arbeitsplätze, zumindest dauerhaft sichere, werden nicht von der Sozialbürokratie, sondern von den Unternehmen geschaffen. Und die reagieren, wie auch die Arbeitnehmer, auf gebotene Anreize oder ihnen in den Weg gelegte Hindernisse. Zweck der Unternehmen ist es, Waren und Dienstleistungen bereitzustellen. *Kein* Unternehmenszweck ist es, für hoch dotierte und stressfreie Arbeitsplätze zu sorgen. Die entstehen ganz von selbst, wenn der Staat sich destruktiver Markteingriffe enthält.

Auch wenn es Gewerkschafter und andere unbeirrbar staatsgläubige Paternalisten nicht gerne hören: Wer in einer globalisierten Welt die Unternehmen unentwegt mit immer neuen Regulativen und ausschließlich arbeitnehmerorientierten Vorgaben drangsaliert, wird damit den Weg zur Vollbeschäftigung wirkungsvoll blockieren. Neue Arbeitsplätze entstehen dann eben jenseits der heimischen Grenzen - in Ländern unter weniger regulierungswütigem Regiment.

[a.toegel@atomed.at](mailto:a.toegel@atomed.at)